

Zeitschrift: Schweizer Revue : die Zeitschrift für Auslandschweizer
Herausgeber: Auslandschweizer-Organisation
Band: 21 (1994)
Heft: 6

Artikel: Volksabstimmung vom 4. Dezember 1994 : Ja zu KVG und Zwangsmassnahmen
Autor: Rusconi, Giuseppe
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-910292>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Volksabstimmung vom 4. Dezember 1994

Ja zu KVG und Zwangsmassnahmen

Bei einer ansehnlichen Stimmteilnahme von 43 Prozent hat das Schweizer Volk der Regierung dreimal recht gegeben, was nicht immer der Fall ist. 51,8 Prozent bejahten das neue Krankenversicherungsgesetz (KVG); 76,5 Prozent sagten nein zur Krankenversicherungs-Initiative; und mit 72,8 Prozent Ja-Stimmen wurden die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht angenommen.

Unsicherheit bestand vor allem über den Ausgang der ersten Vorlage, und dies bis zum Schluss. Nun ist es doch noch gelungen, das Gesetz von 1911 erstmals zu ändern. Neben vielen positiven Punkten sind beim alten Gesetz in den vergangenen Jahren in sozialer Hinsicht vermehrt auch negative zum Vorschein gekommen, die mit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen zusammenhängen.

Es fällt auf, dass es bei der KVG-Vorlage keine Fronten zwischen den

Kommentar

Es ist gerechtfertigt zu sagen, dass das Schweizer Volk am 4. Dezember eine vernünftige Wahl getroffen hat. Dazu einige Überlegungen.

Erstens: Eine grosse Mehrheit der Wählenden, fast vier Fünftel, wollte nichts davon wissen, das bestehende, auf Prämienzahlungen beruhende Gesundheitssystem zu verlassen, um zu einem «europäischen» überzugehen, das auf einem Lohnabzug basiert hätte. Dies hatte die Initiative von Sozialdemokraten und Gewerkschaften verlangt. Die Bevölkerung fürchtete zu massive staatliche Eingriffe, eine Verstaatlichung der Medizin verbunden mit einer Qualitäts-einbusse, eingeschränkte Wahlmöglichkeiten der Versicherten sowie negative Folgen der Initiative für eine sich langsam erholende Wirtschaft.

Zweitens: Trotzdem will eine – wenn auch knappe – Mehrheit der Wählenden bei der Krankenversicherung einige Korrekturen in sozialer Hinsicht anbringen, die im neuen Gesetz vorgesehen sind: etwa das Obligatorium mit Prämiegleichheit für alt und jung sowie für Frauen und Männer; den Leistungsausbau der Grundversicherung; die gezielte Ausrichtung von Subventionen an Bedürftige und nicht mehr an alle Versicherten. Auf der anderen Seite hegte fast

Spitze, gefolgt von Neuenburg, Genf und dem Tessin; bei den Gegnern war es Appenzell Innerrhoden (21,3% Ja), knapp vor Thurgau, Obwalden und Schwyz. Auch die um Zürich liegenden Kantone haben nein gesagt, im Gegensatz zu Bern und Basel.

Die Initiative der Sozialdemokraten und Gewerkschaften fand hingegen in keinem Kanton eine Mehrheit. Einen gewissen Erfolg errang sie im Jura (41,7% Ja) und – weniger ausgeprägt – in Genf (37,9%) und Neuenburg (34,6%). Vernichtend war die Niederlage in Appenzell Innerrhoden (8,2% Ja) sowie in anderen Halbkantonen der In-

Vorteile für Rückkehrende

Die vom Volk angenommene Revision des Krankenversicherungsgesetzes wirkt sich dank der Prämiegleichheit positiv für ältere Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer aus, die in die Schweiz zurückkehren wollen und noch keiner schweizerischen Krankenkasse angehören. Mehr dazu in der nächsten Ausgabe der «Schweizer Revue».



die Hälfte der Wählerschaft Befürchtungen vor einer Erhöhung der Prämien für diejenigen, die nicht mehr in den Genuss von Subventionen kommen. Dies gilt insbesondere für den Mittelstand.

Drittens: Ein grosse Mehrheit des Volkes hat den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht zugestimmt. Alle Kantone haben ebenfalls ja gesagt; besonders deutlich Zürich, aber auch – im geringeren Ausmass – Genf. Das hat vor allem einen Grund: Die Behörden sollen gezwungen werden, den hunderten von ausländischen Drogenhändlern das Handwerk zu legen, die sich ohne Papiere in den mehr oder weniger offenen Drogenzonen herumtreiben. Politisch ist das ein legitimes Argument, das sich gegen die durchaus verständliche rechtliche Unschlüssigkeit durchgesetzt hat, die einige Gegner der Vorlage bezüglich des Inhalts der Bestimmungen geltend gemacht hatten. Die neuen Gesetze gelten nämlich nicht nur für Ausländer, die sich illegal in der Schweiz aufhalten und sich schwerer Verbrechen schuldig machen, sondern auch für Asylbewerber, die sich der Repatriierung entziehen. Die beiden Kategorien sollten in den Augen vieler Stimmenden nicht gleich behandelt werden. Von den Behörden wird nun jedoch rasches und entschiedenes Vorgehen gegen die Drogenhändler erwartet. Ohnmacht soll nicht mehr als Vorwand dienen können.

Giuseppe Rusconi

norschweiz. Ebenso unmissverständlich war die Ablehnung in den Kantonen Aargau, St. Gallen, Luzern und Zürich (alle mit Nein-Anteilen um 80%).

Mit Spannung wurde das Resultat bezüglich der Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht erwartet. Hier interessierten vor allem das Ausmass der Ja-Stimmen und ob es ablehnende Kantone geben würde. Die Vorlage wurde mit einer überwältigenden Mehrheit und von allen Kantonen angenommen. Zürich, das den Letten «beherbergt», stimmte mit 80,6 Prozent zu; aber auch in Genf, wo der Staatsrat, fast alle Parteien und zahlreiche und unterschiedliche Organisationen aus juristischen Gründen ein Nein empfohlen hatten, fand die Vorlage eine Mehrheit von 52,3 Prozent. Mit Ausnahme des Jura (56,6%) weist der Rest der Romandie Ja-Anteile von über 60% auf. Im Tessin betrug die Zustimmung 72%.

Es ist demnach unbestreitbar, dass die Zwangsmassnahmen von einer Mehrheit im ganzen Land – und nicht nur in Zürich – befürwortet werden; von einer Mehrheit, die genug hat von den bis heute allzuoft ungestraft gebliebenen Missbräuchen vor allem im Drogenhandel.

RUS

Drogenrazzia am Zürcher Bahnhof Letten. Mit den Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht hoffen die Behörden unter anderem, effizienter gegen ausländische Drogenhändler vorgehen zu können. (Foto: Keystone)

Presseschau

Erwartungsgemäss bezogen sich die Kommentare zur Abstimmung vom 4. Dezember je etwa zur Hälfte auf die Krankenversicherung respektive die Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht. Hier einige Meinungen.

Giornale del Popolo

Es war allen klar, dass das schweizerische Gesundheitssystem einer kräftigen Solidaritätsinjektion bedurfte. (...) Die entstehende und von Eigeninteresse gefärbte Brille der Medizinerlobby, einer Gruppe von Krankenkassen sowie einiger Kantonsregierungen hat nicht ausgereicht, den Stimmbürgern die Realität zu verdecken.

TRIBUNE DE GENÈVE

Das Ja des Volkes ist ein Aufruf an die Aufrechterhaltung einer Qualitätsmedizin für alle, und es zeigt, dass die Mehrheit bereit ist, den Preis dafür zu zahlen. Das Resultat ist um so ermutigender, als die von der Wählerschaft ausgedrückte Solidarität auch einer eidgenössischen Solidarität gleichkommt. (...) Hingegen erklärt sich die eindeutige Ablehnung der sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen Initiative in erster Linie mit der Furcht, den noch zaghaften wirtschaftlichen Aufschwung zu gefährden.

LNN LUCERNE NEUSTE NACHRICHTEN

Das positive Ergebnis überrascht. Zum einen handelt es sich um eine sehr schwierige Abstimmungsvorlage, deren konkrete Auswirkungen selbst engagierte Befürworterinnen und Befürworter nicht bis ins letzte Detail darzulegen vermochten. Wenn sie verunsichert sind, reagieren die Schweizer Stimmberechtigten jedoch eher ablehnend. Dass sie es diesmal nicht getan haben, ist eine (...) Überraschung.

Der Bund

Viele Stimmbürger und Stimmbürgerinnen haben offensichtlich verstanden, dass das geltende Recht ausgedient hat; sie sind bereit, es mit etwas Neuem zu versuchen. Das von den Gegnern im Abstimmungskampf eingesetzte Abschreckungsbild mit den leeren Taschen verfing bei der Mehrheit nicht. Auch dürfte der Bevölkerung nicht entgangen sein, dass ein Teil der Gegnerschaft vor allem die eigenen Interessen im Kopf hatte.

Abstimmungsergebnisse

Bundesgesetz über die Krankenversicherung

JA 1020763 (51,8%)
NEIN 950164 (48,2%)

Krankenversicherungsinitiative

JA 460834 (23,5%)
NEIN 1502483 (76,5%)
Alle Kantone

Bundesgesetz über Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht

JA 1433162 (72,9%)
NEIN 534588 (27,1%)

Stimmteilnahme: 43%

JOURNAL de GENÈVE

Das Tragische an der Flutwelle zugunsten der Zwangsmassnahmen ist, dass ethische und moralische Argumente praktisch nichts gezählt haben. Ausnahmslos haben alle Kantone angenommen, und dieser Triumph hat einen starken fremdenfeindlichen Beigeschmack. (...) Das massive Ja ist eine schwerwiegende Niederlage für die humanitären Prinzipien.

Neue Zürcher Zeitung

Dass die Vorlage [die Zwangsmassnahmen] relativ viel Gewicht erhalten hat, ist nicht zuletzt jenen Gruppen zuzuschreiben, die das Referendum für sich zur Grundsatzfrage machten. Das letztlich die politischen Prioritäten verzerrende Wirken von Aktivisten, die kaum in die Verhandlungsdemokratie eingebunden sind, scheint zuzunehmen. (...) Bis zu einem gewissen Grad kann die direkte Demokratie damit leben, die «Kosten» sind aber zur Kenntnis zu nehmen.

LEXPRESS

Nichts rechtfertigt den Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit, der mit Sicherheit auf die Mehrheit des Volkes zu kommen wird: Im Gegenteil, mit einem Gesetz, das die konstante Umwandlung des Asylrechts in eine Farce verhindert, wird die gefährliche Vermischung von echten Flüchtlingen mit solchen, die das Gesetz brechen oder sich ihm entziehen, schwieriger. Trotz des scheinbaren Widerspruchs lässt sich also sagen, dass die humanitäre Tradition der Schweiz dank dieser Klarstellung in Zukunft besser verankert sein wird.